

Stadt Osnabrück

CDU-Fraktion

Vorlagennummer: VO/2026/5387

Vorlageart: Antrag

Öffentlichkeitsstatus: öffentlich

Rückendeckung des Stadtrates für erfolgreiche Arbeit von Polizei- und Ordnungskräften in Osnabrück / Antrag der CDU-Fraktion

Datum: 01.04.2026

Bearbeitung: CDU-Fraktion Geschäftsstelle

Beratungsfolge

Gremium	Datum	Sitzungsart	Top-Nr.
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	21.04.2026	N	
Rat der Stadt Osnabrück (Entscheidung)	21.04.2026	Ö	

Beschluss:

Öffentliche Sicherheit ist die Grundlage für eine sich offen entwickelnde Gesellschaft, Kultur und auch Wirtschaft. Dies zeigt sich exemplarisch in der Johannisstraße.

Gute Sozialarbeit ist wichtig. Nachdrücklich kriminelles Verhalten muss jedoch zum Schutze anderer durch das Einschreiten von Polizei- und Ordnungskräften konsequent unterbunden werden. Der Rat der Stadt Osnabrück bekräftigt diese Haltung und verurteilt gleichzeitig, dass Gewalt gegen Einsatzkräfte zugenommen hat.

Deshalb beschließt der Rat folgende Punkte:

1. Der Stadtrat stellt sich hinter die Arbeit von Polizei und Ordnungskräften und verurteilt die stark gestiegene Anzahl von Angriffen gegen Einsatzkräfte.
2. Diese Rückendeckung wird auch den anderen „Blaulichtkräften“ gegenüber bekräftigt und an die Gesellschaft appelliert, das Handeln von Polizei und Rettungskräften zu respektieren.
3. Der Rat der Stadt Osnabrück beauftragt die Verwaltung und die Marketinggesellschaft Osnabrück mit der Umsetzung einer Aufklärungs- und Imagekampagne zu Gunsten von Polizei-, Ordnungs- und Rettungskräfte. Die aktuelle Kampagne aus dem Landkreis Emsland kann beispielhaft für die Planung berücksichtigt werden.
4. Die Stadtverwaltung bittet eigene Ordnungs- und Rettungskräfte sowie die polizeilichen Behörden um Vorschläge, um Gewalt gegen Einsatzkräfte weiter reduzieren zu können. Die Vorschläge werden dem zuständigen Ausschuss zur Beratung weitergegeben.
5. Vorschläge für den weiteren Einsatz kommunalpolitischer Instrumente zur Kriminalitätsbekämpfung werden ebenfalls begrüßt. Das seit April 2026 landesweit gültige Waffenverbot im ÖPNV wird in diesem Zusammenhang ausdrücklich begrüßt.

Der Inhalt der Vorlage unterstützt folgende/s strategische/s Ziel/e:

Sachverhalt:

Die polizeiliche Kriminalstatistik 2025 für Osnabrück belegt, dass gute Arbeit von Polizei- und Ordnungskräften mit Rückendeckung aus der Politik Wirkung zeigt. Nicht nur eine statistisch hohe Aufklärungsquote zeigt den Erfolg. Auch die Wahrnehmung von bisherigen Kriminalitätsschwerpunkten wie den Bereich Neumarkt, Johannisstraße bis hin in den Schlossgarten zeigt deutliche Besserung. Politische Rückendeckung durch den Beschluss eines zehn Punkte Plans, u. a. zur Einrichtung von Videoüberwachung, eine Alkoholverbotszone und eine Waffenverbotszone, zeigen hier Wirkung durch ein enges Miteinander von Polizei und Stadtverwaltung.

gez. Marius Keite
CDU-Fraktion

Anlage/n
Keine